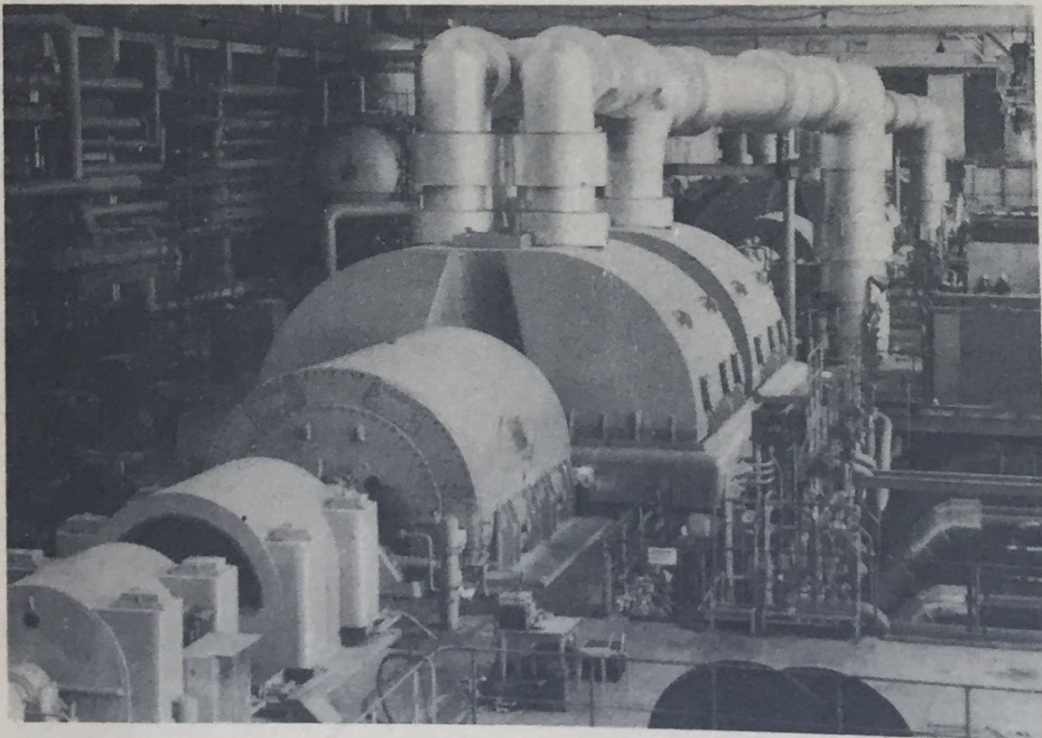
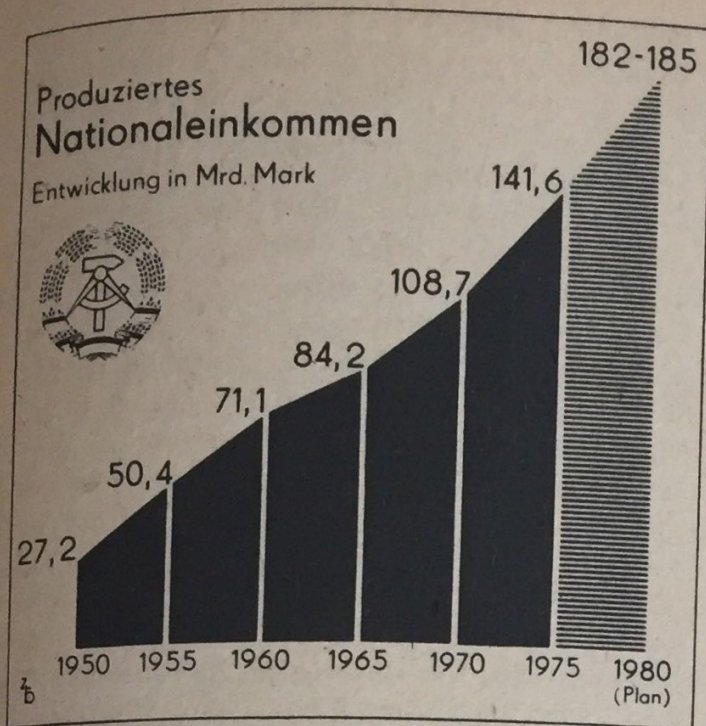


### 6.2.2. Der Kampf für die Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED

Auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED vollbrachten die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre gewaltige Leistungen. Unter Führung der SED gestalteten sie diesen Zeitraum zur **bis dahin erfolgreichsten Periode in der Geschichte der DDR**. Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei wurde weiter erhöht, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, mit der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten gestaltete sich immer enger, die sozialistische Staatsmacht und die gesamte politische Organisation der sozialistischen Gesellschaft wurden vervollkommnet und die sozialistische Demokratie noch breiter entfaltet. Mehr als bisher gelang es, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens planmäßig und proportional zu entwickeln. Auf dem Gebiet der **Volkswirtschaft** kam es zunächst darauf an, die Energieerzeugung durch den Bau neuer Kraftwerke (Thierbach, Boxberg, Kernkraftwerk Nord) besser mit dem Energiebedarf in Übereinstimmung zu bringen. Durch effektivere Nutzung vorhandener Produktionsanlagen, zielgerichtete Rationalisierung und vielfältige Initiativen, wie beispielsweise die



Blick in die Turbinenhalle des mit Hilfe der UdSSR errichteten Kernkraftwerks „Bruno Leuschner“ bei Greifswald



Aktion „Zulieferindustrie“, wurde erreicht, daß die Finalproduzenten stabiler und bedarfsgerechter durch die Zulieferbetriebe versorgt werden konnten. Ein harter Kampf wurde darum geführt, Disproportionen in den Warenfonds für den Bedarf der Bevölkerung zu überwinden und eine kontinuierliche Versorgung zu sichern.

Dank der erhöhten Leistungen der Werktätigen in Industrie und Landwirtschaft war es 1972 möglich geworden, eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen durchzuführen. So konnten die Renten und Leistungen der Sozialfürsorge für 3,4 Millionen Bürger erhöht werden. Berufstätige Mütter und junge Ehen erhielten weitere Vergünstigungen. Die Wohnverhältnisse wurden im laufenden Fünfjahrplan für 1,4 Millionen Bürger verbessert. Über 1,7 Millionen Werktätige erhielten höhere Mindestlöhne. Die Jahresendprämie erreichte 1974 in den Industriebetrieben einen Durchschnitt von 870 Mark. Das übertraf den durchschnittlichen monatlichen Bruttolohn der Werktätigen in diesem Bereich. Für etwa 200 000 berufstätige Mütter wurde die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden verkürzt. 400 000 werktätige Mütter mit zwei und mehr Kindern erhielten einen um 3 bis 9 Tage verlängerten Jahresurlaub. Jungen Eheleuten gewährte der sozialistische Staat einen zinslosen Kredit bis zu 5 000 Mark mit einer Laufzeit von

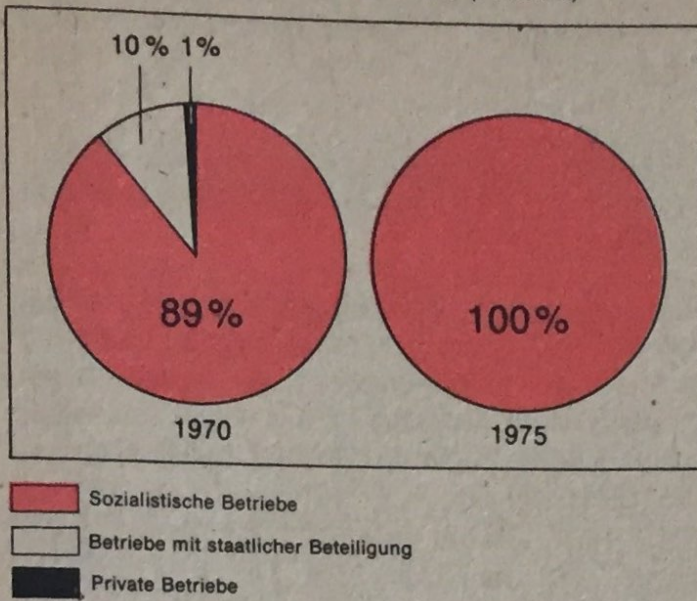
8 Jahren. Die Geburtenbeihilfen wurden beträchtlich erhöht. So trat das humanistische Wesen des Sozialismus immer deutlicher hervor.

● Vergleichen Sie diese Tatsachen mit dem, was Erich Honecker auf dem VIII. Parteitag über den Sinn des Sozialismus sagte!

Die umfassende Erfüllung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe war jedoch nur möglich, wenn die **sozialistischen Produktionsverhältnisse** weiter vervollkommenet, die gesellschaftliche Produktion intensiviert und die führende Rolle der Arbeiterklasse und der SED weiter erhöht wurden. Deshalb verbanden Partei und Regierung die Durchsetzung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik konsequent mit der Lösung dieser gesellschaftlichen Entwicklungsprobleme. Um die sozialistischen Produktionsverhältnisse weiter zu entwickeln, war es auch notwendig, die damals noch existierenden 5 500 Privatbetriebe und die etwa 6 000 Betriebe mit staatlicher Beteiligung, in denen eine halbe Million Werktätige beschäftigt waren, in Volkseigentum zu überführen. In Übereinstimmung mit den Forderungen der Werktätigen, der befreundeten Parteien sowie vieler Inhaber und Besitzer privater Betriebe orientierte das Zentralkomitee der SED darauf, die privaten Anteile bzw. Betriebe durch den Staat aufzukaufen. Im Februar 1972 faßte der Ministerrat der DDR einen entsprechenden Beschluß. Außer der Überführung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung und privater Betriebe sah der Beschluß vor, die PGH für Reparaturen und Dienstleistungen weiter zu fördern und privaten Handwerkern den Eintritt in diese PGH zu ermöglichen. Genossenschaften, die durch die Entwicklung zu Industriebetrieben den Charakter einer PGH verloren hatten, sollten in Volkseigentum umgewandelt werden, indem man den Mitgliedern ihre Anteile durch den Staat auszahlt.

Im Zuge der 1972 erfolgten Umgestaltungen entstanden 11 300 neue volkseigene Betriebe mit etwa 585 000 Werktätigen. In den neuen VEB übernahmen etwa 85 Prozent der ehemaligen Komplementäre und Inhaber leitende Funktionen. Insgesamt stieg durch diese Maßnahmen

Industrieproduktion  
nach Eigentumsformen der Betriebe (Prozent)



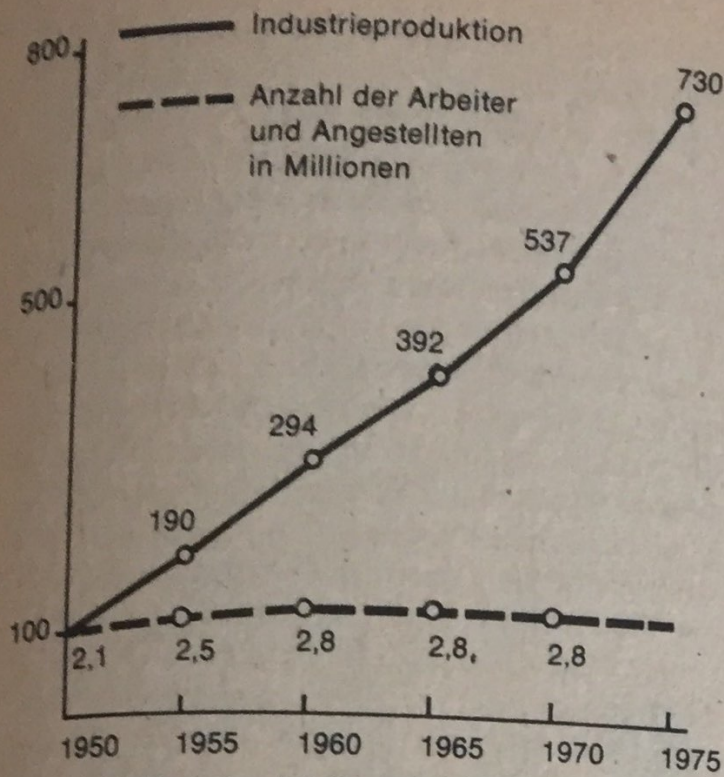
der Anteil der sozialistischen Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion von 88,8 Prozent im Jahre 1971 auf 99,9 Prozent im Jahre 1972.

Auch in der sozialistischen Landwirtschaft wurden die Produktionsverhältnisse weiterentwickelt. Es vollzog sich ein Prozeß der Spezialisierung und Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion. Bis 1975 schloß sich die Mehrzahl der auf Pflanzenproduktion spezialisierten LPG zu rund 1200 Kooperativen Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP) zusammen, die über 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR bearbeiteten. Sie wirkten eng mit den Agrochemischen Zentren (ACZ) und den Kreisbetrieben für Landtechnik (KfL) zusammen. Auf dem Gebiet der Tierproduktion wurde ein höherer Grad der Spezialisierung erreicht. Während die meisten LPG und VEG in herkömmlicher Weise produzierten, spezialisierten sich immer mehr Betriebe auf einzelne Zweige der Tierproduktion. Zugleich bildeten sich zwischenbetriebliche Einrichtungen der Tierproduktion heraus. Diese gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Pflanzen- und Tierproduktion ermöglichte eine noch bessere Nutzung der Wissenschaft und Technik für die weitere Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Sie bedeutete einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur weiteren Überwindung der Unterschiede zwischen Stadt und Land.

Auf der Grundlage der Beschlüsse des VIII. Parteitagess richteten die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen der DDR ihre Anstrengungen im sozialistischen Wettbewerb insbesondere darauf, durch weitere **Intensivierung der sozialistischen Produktion** die notwendigen Voraussetzungen für die Lösung der Hauptaufgabe zu schaffen. Sie übernahmen zusätzliche Verpflichtungen zum Staatsplan in Form von Gegenplänen, erarbeiteten persönlich-schöpferische Pläne zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und schenken der politisch-weltanschaulichen und fachlichen Qualifizierung sowie der Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens der Brigademitglieder verstärkte Aufmerksamkeit. Von hervorragender Bedeutung war in diesen Jahren der Aufschwung der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung sowie der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben“.

Im Mittelpunkt des sozialistischen Wettbewerbs





Zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität 1950 bis 1975

stand der Kampf um eine höhere Arbeitsproduktivität. Das bedeutet vor allem:

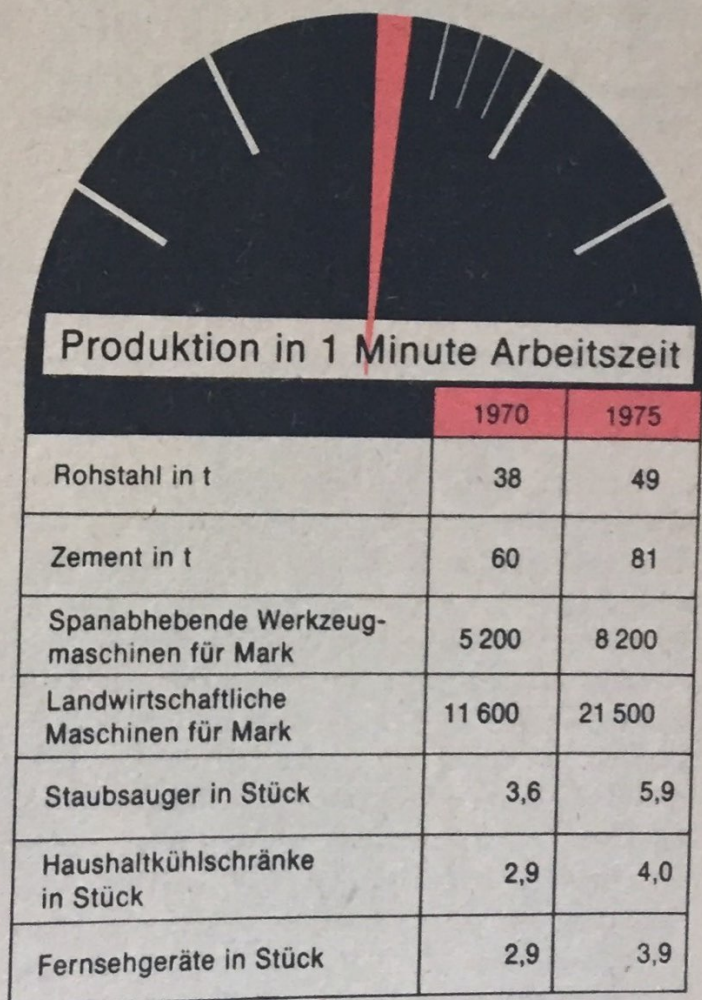
- die bessere Nutzung und Modernisierung der vorhandenen Produktionsanlagen,
- der sparsame Umgang mit Energie, Material, Roh- und Brennstoffen,
- die Verbesserung der Materialökonomie,
- die Wissenschaftliche Arbeitsorganisation,
- die volle Ausnutzung der Arbeitszeit,
- die mehrschichtige Auslastung der Maschinen und Anlagen,
- die Nutzung neuer Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik,
- die Senkung der Selbstkosten.

Diese gesellschaftliche Entwicklung verlangte zugleich eine weitere **Vervollkommnung der sozialistischen Staatsmacht**. Insbesondere ging es darum, die Masseninitiative der Werktätigen noch enger mit der zentralen staatlichen Leitung und Planung zu verbinden. Höhere Ansprüche an die staatliche Tätigkeit erwachsen auch aus den Aufgaben der sozialistischen ökonomischen Integration und aus der internationalen Anerkennung der DDR. Nicht zuletzt verlangten der sichere Schutz der DDR und die aktive Friedenspolitik eine weitere allseitige Stärkung des sozialistischen Staates. Im Zentrum stand dabei die breite Entfaltung der sozialistischen

Demokratie als Hauptrichtung der Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht. Diesem gesellschaftlichen Erfordernis dienten mehrere Gesetze, die in der ersten Hälfte der siebziger Jahre von der Volkskammer der DDR verabschiedet wurden.

Im Oktober 1972 beschloß die Volkskammer das *Gesetz über den Ministerrat der DDR*. Es bestimmte die Rechte und die Verantwortung des Ministerrats und der Ministerien für die Leitung und Planung aller Bereiche entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen. Ihm wurde die Aufgabe übertragen, die Grundsätze der staatlichen Innen- und Außenpolitik auszuarbeiten und die einheitliche Durchführung der gesamten Staatspolitik der DDR zu sichern.

Im Juli 1973 verabschiedete die Volkskammer das *Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe*. Das Gesetz trug dazu bei, die grundlegenden Staatsinteressen noch besser mit den Interessen der Bürger zu verbinden. Es regelte die Rechte und Pflichten der Abgeordneten und erhöhte die Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen für die gesellschaftliche Entwicklung in den Territorien.



Was bedeutet in der DDR eine Minute Arbeitszeit?

Im September 1974 nahm die Volkskammer das *Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR* an. Damit wurde die Verfassung voll mit dem erreichten gesellschaftlichen Entwicklungsstand in Übereinstimmung gebracht. Die Verfassung bringt seitdem die höhere Stufe des Bündnisses und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern besser zum Ausdruck. Noch konsequenter als bisher wurde die Herausbildung der sozialistischen Nation in der DDR durch die Verfassung unterstrichen. Die Änderung und Ergänzung des grundlegenden Gesetzes unseres Staates entsprach auch den Erfordernissen der weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie und Rechtsordnung der DDR. Die Befugnisse der Volkskammer, ihres Präsidiums, des Staatsrates und des Ministerrates wurden exakter festgelegt und aufeinander abgestimmt. Die Wahlperiode der Volkskammer wurde dem Fünfjahrplanzyklus angepaßt. Das passive Wahlrecht der Bürger wurde auf das 18. Lebensjahr herabgesetzt.

Am 1. August 1973 starb der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht. Am 3. Oktober 1973 wählte die Volkskammer den bisherigen Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, zum Vorsitzenden des Staatsrates der DDR.

● *Beweisen Sie anhand von Beispielen, daß die Periode vom VIII. bis zum IX. Parteitag die bis dahin erfolgreichste in der Entwicklung der DDR war!*